



RIGG-Infos

Von den Runden Tischen für die Runden Tische

Ausgabe 25 Februar 2017

Inhalt:

Vorwort	1
Informationen aus den Regionalen Runden Tischen	2
Sonstige Informationen und Veranstaltungshinweise	4
Informationen von der Landes- ebene	5
Anlagen	6

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

auch in diesem Jahr werden wieder sechs Ausgaben der RIGG-Infos erscheinen.

In dieser Ausgabe finden Sie wie gewohnt Informationen der Regionalen Runden Tische und anderen Organisationen sowie von der Landesebene.

Das Fachreferat im MFFJIV bittet derzeit um Rückmeldung von den Regionalen Runden Tischen zum Schwerpunktthema „Ältere Frauen und Gewalt“. Details zu dieser Anfrage finden Sie auf Seite 5.

Zur nächsten Sitzung des Landesweiten Runden Tisches (LRT) am 15. Mai 2017 in Mainz zum Schwerpunktthema „Ge-flüchtete Frauen und Gewalt“ sind Vertreterinnen und Vertreter der Regionalen Runden Tische herzlich eingeladen, auch hierzu finden Sie weitere Informationen auf Seite 5.

Damit die Informationen aus den RIGG-Infos breit gestreut werden, darf ich Sie wie immer dazu ermuntern, den Infobrief an die Mitglieder Ihrer (regionalen) Gremien weiterzuleiten.

Beate Stoff

Herausgegeben und visdp von

Büro Plan B
Dipl.-Päd. Beate Stoff
Am Obstgarten 43
54317 Osburg

Fon 06500-913104
Fax 06500-913106
Buero-PlanB@gmx.net

RIGG - das Rheinland-pfälzische Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen - wurde im Oktober 2000 aufgrund eines einstimmigen Landtagsbeschlusses vom August 1999 eingerichtet und engagiert sich seitdem bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Die Umsetzung des RIGG gliedert sich in zwei Phasen: die Modellphase vom Juni 2000 bis Oktober 2003 und die jetzige Umsetzungsphase, in der seit November 2003 die Ergebnisse der Modellphase umgesetzt und das Hilfesystem für betroffene Frauen und ihre Kinder ständig weiterentwickelt werden. Die Koordination erfolgt durch das Referat "Gewaltprävention, Frauen in besonderen Lebenssituationen" beim Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz. Zum RIGG gehören der Landesweite Runde Tisch (LRT), mehrere thematische Fachgruppen (überregional und interdisziplinär besetzt) sowie derzeit 22 Regionale Runde Tische (RRT). Ein Schaubild zur Struktur von RIGG können Sie auf der RIGG-Homepage einsehen.

Informationen aus den Regionalen Runden Tischen

RRT Bad Kreuznach

Die nächste Sitzung findet am 23. März 2017 um 15.30 Uhr in der Kreisverwaltung Bad Kreuznach statt. Schwerpunktthemen sind „Entwicklung der Fallzahlen von GesB bei den verschiedenen beteiligten Institutionen 2016“ sowie „Flucht – Migration – Gewalt“.

Selbstdarstellung des RRT

Der RRT Bad Kreuznach hat im November 2016 einen neuen Flyer zur Selbstdarstellung aufgelegt, er ist in der Anlage abgedruckt.

Fachtag „Bindungs- und Erziehungsverhalten psychisch kranker Elternteile“

Die Standortgruppe „Kinder psychisch kranker Eltern“ lädt am Mittwoch, dem 22. März 2017, von 9.30 bis 16.00 Uhr zur Fachveranstaltung „Bindungs- und Erziehungsverhalten psychisch kranker Elternteile“ mit Dr. Michael Hipp in die Kreisverwaltung Bad Kreuznach ein.

Psychische Erkrankungen führen nicht selten zu einer schweren Beeinträchtigung des familiären Zusammenlebens. Minderjährige Kinder sind dabei besonderen Belastungen und Gefährdungen ausgesetzt. Dr. Michael Hipp aus Hilden setzt neurobiologische Grundlagen der Gehirnreifung in Bezug zu Erkenntnissen der Bindungstheorie und stellt die Auswirkungen von psychischen Störungen auf Erziehungskompetenz und Interaktionsebene mit den Kindern dar. Besonders berücksichtigt werden dabei kindliche Signale von Bindungsstörung, Parentifizierung und Überlastung mit den damit verbundenen Entwicklungsrisiken.

Bitte melden Sie sich bis spätestens 10. März 2017 per E-Mail (ulrike.boehmer@kreis-badkreuznach.de) oder Fax (0671/803-1548) verbindlich an. Programm und Tagesablauf sind in der Anlage beigefügt

RRT Birkenfeld

Die nächste Sitzung findet am 23. März 2017 von 10.00 bis 12.30 Uhr in Idar-Oberstein statt. Schwerpunktthemen sind „Entwicklung der Fallzahlen von GesB bei den verschiedenen beteiligten Institutionen in 2016“, „Glaubwürdigkeit/

Glaubwürdigkeitsbegutachtung – Erkenntnisse und Erfahrungsaustausch“ und „neues Vorgehen in high-risk-Fällen“.

Informationen zum Videodolmetschen

Für das Themenfeld „Angebote für geflüchtete Frauen, die von GesB betroffen sind“ kam über die Bewährungshilfe die Information zu einem (allerdings kommerziellen) Angebot für Videodolmetschen: Die Firma SAVD Videodolmetschen GmbH aus Wien bietet ausgebildete Dolmetschende für mehr als 40 Sprachen an, die über eine webbasierte Lösung mittels gesicherter und verschlüsselter Datenleitung innerhalb von max. 120 Sekunden in die Gespräche zugeschaltet werden können. Laut Angabe der Firma sind die Dolmetschenden für Medizin und Recht speziell ausgebildet und können dabei helfen, Sprachbarrieren zu überwinden und dadurch die adäquate Beratung zu erleichtern. Mehr Informationen dazu unter www.videodolmetschen.com.

AK Gewalt gegen Frauen und Kinder RRT Mainz und Mainz-Bingen

Die Fachveranstaltung der Fachgruppe Gesundheit zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen befasste sich im Jahr 2016 mit den Bedarfen in der gesundheitlichen Versorgung geflüchteter Frauen und Mädchen. Am Mittwoch, 23. November 2016, hielt Sibylle Rothkegel hierzu in der Mainzer Universitätsmedizin einen Impulsvortrag. Nach dem Vortrag konkretisierten Vertreterinnen lokaler Fachstellen (pro familienzentrum Mainz, Verein Armut und Gesundheit, Psychosoziales Zentrum Flucht und Trauma, Frauenklinik) den Stand der gesundheitlichen Versorgung geflüchteter Frauen und Mädchen in Mainz. Die Veranstaltung richtete sich an medizinisches Fachpersonal und MultiplikatorInnen aus der Frauen- und Flüchtlingsarbeit.

Ebenfalls vom AK Gewalt organisiert, folgte dann im Dezember 2016 eine Fortbildungsveranstaltung für örtliche Beratungs- und Anlaufstellen zu kultursensibler Frauenberatung im

Kontext sexualisierter Gewalt. In deren Mittelpunkt standen die Möglichkeiten und Grenzen der verschiedenen Gewaltschutzinstrumentarien. Angeleitet durch Referentinnen von agisra e.V. lernten die Teilnehmerinnen kulturell bedingte oder im Flüchtlingsstatus begründete Stolpersteine in der Beratungsarbeit kennen. Gestützt auf die Praxiserfahrungen der Referentinnen, wurden anhand von Fallbeispielen gemeinsam neue Handlungsmöglichkeiten erarbeitet.

2015 vorbereitet und derzeit noch in der Bearbeitung ist das aktuelle Projekt der Untergruppe, ein Schulungsangebot für (Laien-) DolmetscherInnen. Hier werden Prinzipien für das Dolmetschen in Beratungsgesprächen mit von Gewalt betroffenen Frauen festgelegt und Schulungsinhalte erarbeitet, die die ÜbersetzerInnen auf diese spezielle Beratungssituation vorbereiten. Parallel dazu werden Kontakte aufgebaut, um letztlich auch potenzielle TeilnehmerInnen zu erreichen.

Geflüchtete Frauen und Mädchen stehen auch bei einer Sondersitzung des Mainzer AK im Mittelpunkt: Das Sozialdezernat und das Frauenbüro der Stadt Mainz hatten Ende letzten Jahres ein Arbeitspapier zum Gewaltschutz geflüchteter Frauen und Mädchen vorgelegt, das u.a. vorsieht, in enger Kooperation mit den örtlichen Fachstellen detaillierte Verfahrensabläufe bei Gewalt an geflüchteten Frauen und Mädchen zu erarbeiten. Hier der direkte link:

http://www.mainz.de/medien/internet/downloads/Arbeitspapier_Gewaltschutz_gefluechtete_Frauen_Mainz.pdf.

Fertig gestellt und als PDF abrufbar ist zwischenzeitlich der Jahresbericht 2016 des AK Gewalt, er ist unter <http://www.mainz.de/verwaltung-und-politik/beiraete-beauftragte/ak-gewalt.php#img0-1:4> in der Rubrik „Aktionen und Veröffentlichungen“ abrufbar.

RRT Region Koblenz

OneBillionRising 2017 am Valentinstag in Koblenz

Auch in diesem Jahr hat sich Koblenz wieder an der weltweiten Aktion OneBillionRising (OBR) am 14. Februar beteiligt. OBR ist eine weltweite Kampagne für ein Ende der Gewalt gegen Frauen und Mädchen und für Gleichstellung. Eine Milliarde Menschen sind an diesem Tag aufgerufen, mit Tänzen gemeinsam ein Zeichen für die Freiheit und Selbstbestimmtheit von Frauen zu setzen und gegen Gewalt an ihnen zu demonstrieren.

In Koblenz gab es ein gemeinsames Tanzen und Kundgebungen an drei verschiedenen Plätzen sowie ein tanzender Demonstrationzug durch die Stadt. Getragen wurde die Veranstaltung von einem breiten Aktionsbündnis, zu dem u.a. die Gleichstellungsstellen der Stadt Koblenz und des Rhein-Lahnkreises, der Neuwieder Verein Trotzdem-Lichtblick e.V., der Sozialdienst katholischer Frauen (SKF) und der Frauennotruf Koblenz e.V. gehören.

RRT Trier

Die nächste Sitzung findet am 14. März 2017 von 9.00 bis 11.30 Uhr bei pro familia Trier statt. Auf der Tagesordnung stehen die Themen „Fallzahlen GesB in 2016 – Teil 1“ sowie die Rolle der Staatsanwaltschaft im Interventionssystem und die Abstimmung der Weiterarbeit am Thema „Kinderschutz und GesB“.

Aktionen im Rahmen von „OneBillionRising 2017“

In der Anlage abgedruckt ist ein Bildausschnitt von der Aktionslandkarte 2017, auf der schön zu sehen ist, wo überall in Rheinland-Pfalz Tanzaktionen am Valentinstag stattgefunden haben!

Sonstige Informationen und Veranstaltungshinweise

Pressemitteilung der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauennotrufe Rheinland Pfalz

In der Anlage abgedruckt ist die Pressemitteilung der LAG zum Thema „An Ihrer Seite - Mitarbeiterinnen der rheinland-pfälzischen Frauennotrufe begleiten Betroffene von Sexualstraftaten im Strafverfahren“.

Fachtagung „Menschenhandel“

Am 25. April 2017 findet in der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz auf dem Hahn die Fachtagung „Menschenhandel in Form von Zwangsprostitution“ statt. Die Ausschreibung ist in der Anlage abgedruckt.

Fachtagung: „Gewalt im Namen der Ehre. Hinsehen. Handeln. Helfen.“

Nach dem UN-Weltbevölkerungsbericht von 2000 werden weltweit jährlich mindestens 5.000 Menschen Opfer so genannter Ehrenmorde, die meisten davon sind Frauen.

Deutsche Studien zeigen, dass Gewalt im Namen der Ehre auch hierzulande noch ein aktuelles Problem darstellt. Das Dunkelfeld ist groß. „Was ist zu tun? Wie ist die Situation in Hessen? Was können wir tun?“ - Diesen Fragen geht die Fachtagung „Gewalt im Namen der Ehre. Hinsehen. Handeln. Helfen.“ nach. Sie findet am 20. März 2017 in Wiesbaden-Naurod statt, die Vorkündigung zur Fachtagung ist in der Anlage abgedruckt.

Fachtag „TATORT FAMILIE“

Das Netzwerk gegen Gewalt Hessen organisiert in Kooperation mit dem Arbeitskreis gegen häusliche Gewalt des Odenwaldkreises und dem Odenwaldkreis am 28. März 2017 den Fachtag „TATORT FAMILIE. Wenn Kinder und Jugendliche häusliche Gewalt (mit)erleben. Vernetztes Handeln in der Praxis“ in Bad König. Die Ausschreibung ist in der Anlage abgedruckt.

Fortbildung „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“

Am 29. März 2017 veranstaltet der Frauennotruf Frankfurt in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, dem Berufsverband der Frauenärzte und der Hessischen Landesärztekammer eine Fortbildung zum Thema „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung“ in Frankfurt a.M., die Ausschreibung ist in der Anlage abgedruckt.

Fachveranstaltung „Umgangsrecht in Fällen häuslicher Gewalt“

In der hessischen Justizakademie in Frankfurt a.M. findet am 3. Mai 2017 ein interdisziplinärer Workshop „Umgangsrecht in Fällen häuslicher Gewalt“ statt, die Ausschreibung ist in der Anlage abgedruckt.



Informationen von der Landesebene

Landesweiter Runder Tisch

Der **nächste Landesweite Runde Tisch** (LRT) wird sich mit dem aktuellen gemeinsamen Schwerpunktthema „Geflüchtete Frauen und Gewalt“ befassen.

Für einen Einleitungsvortrag zu den Gewalterfahrungen geflüchteter Frauen und ihrer Bedarfe konnte als Referentin Frau Denise Klein von AGISRA, Köln, tätig im Auftrag von medica mondiale, gewonnen werden.

Im Anschluss an den Vortrag ist ein Austausch zum Stand der Umsetzung von Gewaltschutzkonzepten in den Landesaufnahmeeinrichtungen und in den Kommunen bzw. kommunalen Einrichtungen geplant. Dabei wird es auch um diesbezügliche Vernetzungsstrukturen und Ansprechpartner/innen zwischen Landes- und kommunaler Ebene gehen.

Die Sitzung findet statt am Montag, 15. Mai 2017 um 10.00 Uhr im Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz.

Vertreterinnen und Vertreter der Regionalen Runden Tische sind herzlich zu dieser Sitzung eingeladen. In Kürze ergeht noch eine gesonderte Einladung mit Tagesordnung und Anmeldeöglichkeit.

Das **Protokoll der Sitzung** am 12. Dezember 2016 ist in der Anlage beigefügt.

2015/16 hatten der Landesweite Runde Tisch (LRT) und die Regionalen Runden Tische (RRT) das gemeinsame **Schwerpunktthema „Ältere Frauen und Gewalt“** im Rahmen des RIGG bearbeitet.

Derzeit führt das Fachreferat eine Umfrage bei allen Regionalen Runden Tischen durch,

- ob sich der jeweilige RRT des Schwerpunktthemas annehmen konnte,
- wie das Thema bearbeitet wurde,
- welche Entwicklungen dazu stattgefunden haben und
- insbesondere welche nachhaltigen Maßnahmen ergriffen wurden.

Die Ergebnisse der Abfrage werden vom Fachreferat zusammenfasst und auf dem nächsten LRT am 15. Mai 2017 dargestellt bzw. danach über den Info-Brief bekannt gegeben.

Zum Schluss

Wie immer ein herzliches Dankeschön an alle Kolleginnen und Kollegen, die Informationen zu dieser Ausgabe beigesteuert haben!

Die nächsten RIGG-Infos erscheinen Ende April. Der Redaktionsschluss ist am 19. April 2017, bis dahin bitte alle Beiträge, die veröffentlicht werden sollen, per eMail senden an Büro Plan B, Buero-PlanB@gmx.net.

Protokoll

der Sitzung des Landesweiten Runden Tisches (LRT) des Rheinland-pfälzischen Interventionsprojektes gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) am 12. Dezember 2016

Ort: Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
Raum 600, Kaiser-Friedrich-Straße 5a , 55116 Mainz

Zeit: 10.00 – 13.00 Uhr

Leitung: Dr. Heike Jung, Leiterin der Abteilung „Frauen“

Protokoll: Stephanie Jost

Frau Dr. Jung eröffnet die Sitzung und begrüßt als neue Gremiumsmitglieder Herrn Arent für das Innenministerium als Nachfolger für Herrn Becht sowie Herrn Schnadthorst für das Bildungsministerium und Frau Martina für SOLWODI. Herr Charles nimmt letztmalig für die Täterarbeitseinrichtungen an einer LRT-Sitzung teil. Seine Nachfolgerin wird Frau Bermel von der Täterarbeitseinrichtung Landau. Als Gäste zu TOP 2 werden Frau Mayer (Frauennotruf Worms), Frau Kretz (Frauenbeauftragte, Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich), Frau Zschock (Frauennotruf Idar-Oberstein) sowie Frau Vana und Frau Petri (beide Frauennotruf Trier) begrüßt.

Für die heutige Sitzung sind Frau Weickart, Frau Meiswinkel, Frau Hammes und Frau Boos-Waidosch entschuldigt.

Zum Protokoll der Sitzung am 07.06.2016 gibt es keine Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche.

TOP 1: Begrüßung durch Frau Ministerin Anne Spiegel - Austausch

Nach der Begrüßung durch Frau Ministerin Spiegel erfolgt eine kurze Vorstellungsrunde der Gremiumsmitglieder mit Nennung der jeweiligen aktuellen RIGG-relevanten Themen.

Im Anschluss benennt die Ministerin die folgenden Themenschwerpunkte:

- Mangel an Kapazitäten in den Frauenhäusern, hervorgerufen durch lange Verweildauer wegen fehlendem bezahlbaren Wohnraum. Die Ministerin weist darauf hin, dass mit der Ankurbelung des sozialen Wohnungsbaus durch das zuständige Finanzministerium eine Entlastung auf dem Wohnungsmarkt erwartet wird. Dies werde allerdings noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Es werde darüber hinaus auch über einen Ausbau der vorhandenen Platzkapazitäten in den Frauenhäusern nachgedacht. Darüber müsse auch mit den Kommunen gesprochen werden.
- Hochrisikomanagement – Die Ministerin lobt die gute Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen und begrüßt die Fortführung dieses Interventionsansatzes.
- Sicherheit für gewaltbetroffene Frauen, insbesondere mit Blick auf die neuen Medien und sozialen Netzwerke.

Abschließend betont die Ministerin die wichtige Bedeutung des LRT und sagt den vertretenen Organisationen ihre ideelle und soweit möglich auch finanzielle Unterstützung zu.

TOP 2: Medizinische Akutversorgung für Frauen nach Vergewaltigung Modellprojektvorhaben

Frau Mayer und Frau Diehl informieren über ein Modellprojektvorhaben der Frauennotrufe zur medizinischen Akutversorgung für Frauen nach Vergewaltigung in Rheinland-Pfalz. Der Vortrag sowie ein Positionspapier des Bundesverbandes der Frauennotrufe sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Es geht darum landesweit standardisierte Strukturen zu schaffen, die es ermöglichen vergewaltigte Frauen bestmöglich medizinisch zu versorgen und zu beraten – verbunden mit dem Angebot einer vertraulichen Spurensicherung.

Frau Dr. Heine-Wiedenmann weist darauf hin, dass zur Durchführung des Modellprojektvorhabens in Zusammenarbeit mit den Frauennotrufen an den Standorten Mainz und Worms entsprechende Haushaltsmittel beantragt worden seien. In diesem Zusammenhang werde ebenfalls eine Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium angestrebt.

Anschließend berichtet Frau Kretz über ein Projekt – initiiert vom RRT Eifel - zur vertraulichen Spurensicherung und medizinischen Soforthilfe nach einer Sexualstraftat am Verbundkrankenhaus Bernkastel-Wittlich. Weitere Informationen können auf der Homepage der Kreisverwaltung sowie des Verbundkrankenhauses Bernkastel-Wittlich bzw. unter www.vertrauliche-spurensicherung-wittlich.de abgerufen werden.

Im Anschluss an die Vorträge fasst der LRT den einstimmigen Beschluss, dass der LRT die Umsetzung von Modellprojektvorhaben empfiehlt, die bei der medizinischen Akutversorgung nach einer Vergewaltigung - wie beim Frankfurter Modell „Soforthilfe nach Vergewaltigung“ - den Fokus auf die vorrangigen Bedürfnisse betroffener Frauen nach medizinischer und psychosozialer Versorgung legen und einen ganzheitlichen Versorgungsansatz bieten.

TOP 3: Zusammenlegung der Kommissariate K1 und K2

Herr Arent informiert darüber, dass er zum jetzigen Zeitpunkt keine Informationen zu den Ergebnissen der eingesetzten Arbeitsgruppe geben könne. Der Abschlussbericht mit entsprechenden Empfehlungen müsse noch der Hausspitze des Innenministeriums vorgelegt werden. Über die Ergebnisse wird Herr Arent in der nächsten Sitzung berichten.

TOP 4: Ergebnisse der Umlaufbeschlüsse zur finanziellen Situation der Frauenhäuser und Frauennotrufe Ergänzung: Beschlussempfehlung zur finanziellen Situation der Interventionsstellen

Die Ergebnisse der Umlaufbeschlüsse zur finanziellen Situation der Frauenhäuser und Frauennotrufe sind den Mitgliedern des LRT per Mail zugegangen. Den Beschlussempfehlungen ist bei Enthaltung der Vertreterin und des Vertreters des Ministeriums der Justiz zugestimmt worden.

Der Fachkreis der Interventionsstellen hat zur heutigen Sitzung eine Empfehlung mit Beschlussformulierung zur finanziellen Förderung der Interventionsstellen in Rheinland-Pfalz als Tischvorlage vorgelegt.

Der LRT fasst in Abänderung von Nr. 1 der Beschlussformulierung - bei Enthaltung der Vertreterin und des Vertreters des Ministeriums der Justiz - folgenden Beschluss zu den Interventionsstellen:

Die zeitnahe und pro-aktive Beratung nach Polizeieinsätzen im Rahmen von Gewalt in engen sozialen Beziehungen bedarf einer ausreichenden Ausstattung sowohl mit personellen als auch finanziellen Ressourcen.

Der LRT spricht sich für folgenden Beschluss hinsichtlich der Interventionsstellen aus:

- 1. Anpassung der Fördermittel an steigende Personal- und Sachkosten. Der ständig steigende Eigenanteil stellt für die Träger der IST eine außerordentliche Belastung dar, die nur begrenzt zu leisten ist.*
- 2. Förderung einer Koordinierungsstelle in Höhe von mindestens 25.000,- € pro Jahr für die Koordinierungsarbeit auf Landes- und Bundesebene.*

Die Vorlage mit abgeänderter Beschlussformulierung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Der Beschluss soll der Hausspitze des Frauenministeriums zur Kenntnis gegeben werden.

TOP 5: Berichte und Informationen/Sonstiges

Gewaltschutz für geflüchtete Frauen in Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes - Vernetzungsstellen

Frau Diehl berichtet, dass die drei seit Mitte 2016 bei den Frauenunterstützungseinrichtungen angesiedelten Vernetzungsstellen ein Fortbildungskonzept für Beschäftigte und Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe erarbeitet haben. Die Fortbildungen haben im November 2016 in den Erstaufnahmeeinrichtungen begonnen. Zukünftig sollen die Fortbildungen für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe – nach entsprechenden Schulungen - auch von weiteren Mitarbeiterinnen der Frauenunterstützungseinrichtungen übernommen werden.

Frau Dr. Heine-Wiedenmann informiert über eine stattgefundene Veranstaltung von 3 RRT (Ludwigshafen, Frankenthal, Rhein-Pfalz-Kreis) zur Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes für geflüchtete Frauen in Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes auf die Kommunen. Daraus resultierende Empfehlungen der RRT sollen bis März 2017 vorliegen.

Informationen von den Täterarbeitseinrichtungen

BAG TäHG – Standard: Kontaktaufnahme zur gewaltbetroffenen Frau

Herr Charles informiert dazu über das Ergebnis der Beratung in der Fachgruppe „Interventionsverbund Frauenunterstützungseinrichtungen und Täterarbeitseinrichtungen“.

Der Interventionsverbund hat Kriterien für die Kontaktaufnahme entwickelt in Annäherung an die Standards der BAG TäHG:

- **Zeitpunkt:** nach Aufnahme des Klienten ins Programm der TAE
- **Beziehungssituation:** Ausschließlich, wenn (Ex-)Partner noch im direkten Kontakt miteinander stehen oder über die Kinder Kontakt haben (z.B. Umgangsregelung)
- **Inhalt:** Information über Möglichkeiten und Grenzen des Täterprogramms, Abbruch und Ausschluss des Klienten aus dem Programm, Sicherheitsfragen sowie über die regionalen Frauenunterstützungsangebote.
- **Die Beratung** der gewaltbetroffenen Frauen geschieht weiterhin **ausschließlich** über die **Frauenunterstützungseinrichtungen**.

Hochrisikomanagement

Herrn Charles schlägt vor in der nächsten LRT-Sitzung die von den Täterarbeitseinrichtungen verwendeten Instrumente zum Risikoscreening für Partnergewalt (RiP) vorzustellen. Dazu könne Herr Christoph Liel (DJI) eingeladen werden. Der LRT erklärt sich mit dem Vorschlag prinzipiell einverstanden.

Frau Dr. Heine-Wiedenmann sagt zu, dem LRT bei dieser Gelegenheit die Screening-Instrumente bzw. Einschätzungsskalen von ODARA (Ontario Domestic Assault Risk Assessment Items) und DA (Danger Assessment Scale) zur Verfügung zu stellen.

Frau Reinhardt verweist in diesem Zusammenhang auf die als Anlage beigefügten Ausarbeitungen zum Rollenverständnis und zur Mitwirkung der Täterarbeitseinrichtungen in Hochrisikofällen und Hochrisiko-Fallkonferenzen mit dem Hinweis, dass die Täterarbeitseinrichtungen noch im Prozess sind und Erfahrungen in der Praxis gesammelt werden müssen.

Informationen aus dem Ministerium der Justiz

Frau Dr. Gitzel berichtet über den Stand der Einführung einer Psychosozialen Prozessbegleitung in Rheinland-Pfalz nach einheitlichen Qualitätsstandards. Neu sei dabei, dass unter bestimmten Voraussetzungen die Kosten vom Staat übernommen würden. Dazu müsse ein entsprechender Antrag bei Gericht gestellt werden.

Weitere Informationen finden sich auf der Homepage des Ministeriums der Justiz. Frau Dr. Gitzel kann aber auch persönlich angesprochen werden.

Weiterhin verweist Frau Dr. Gitzel auf die in Kraft getretenen Änderungen im Sexualstrafrecht sowie auf die geplante Änderung des sogenannten Stalking-Paragrafen. Damit solle der Tatbestand der Nachstellung von einem Erfolgs- in ein Eignungsdelikt umgewandelt werden. Nach der ersten Lesung im Bundestag sei der Gesetzentwurf dem Rechtsausschuss zugewiesen worden.

Informationen des Fachreferates

Zusammenarbeit Frauenunterstützungseinrichtungen – Weißer Ring

Im Zusammenhang mit der aktuellen – regional unterschiedlich ausgeprägten - Problematik, dass die Polizei bei GesB-Fälle des Öfteren zuerst an den Weißen Ring bzw. gleichzeitig an Weißen Ring und Interventionsstelle weiterleitet, der Weiße Ring seinerseits aber nicht an Interventionsstellen oder Frauenhäuser weitervermittelt, hat sich am 28.09.2016 eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Weißen Ringes und der Frauenunterstützungseinrichtungen sowie Frau Dr. Heine-Wiedenmann getroffen. Ziel der Arbeitsgruppe ist die Formulierung von Leitsätzen bzw. einer Vereinbarung zur besseren Zusammenarbeit zwischen Frauenunterstützungseinrichtungen und Weißem Ring. Es geht dabei insbesondere um den Aufbau einer kontinuierlichen Kontaktpflege und die Festlegung fester Kontaktpersonen bei den verschiedenen Organisationen.

Ein entsprechender Vorschlag des Weißen Ringes liegt vor. Die Frauenunterstützungseinrichtungen sind gebeten dazu einen Gegenvorschlag einzureichen.

Frau Dr. Heine-Wiedenmann weist darauf hin, dass es auch in anderen Bundesländern Probleme zwischen Frauenunterstützungseinrichtungen und Weißem Ring gebe und dass die Konferenz der Landeskoordinierungsstellen „Häusliche Gewalt“ ein Papier verfasst und an die B-L-AG adressiert habe m. d. B. der Prüfung der Praxis in den Ländern und des Einsatzes für den Erhalt professioneller Beratungsstrukturen bei GesB.

Frau Diehl informiert über ein Gespräch am 23.01.2017 in der Geschäftsstelle des Weißen Ringes in Mainz mit Vertreterinnen des Bundesverbandes der Frauennotrufe zu einer ähnlichen Problematik.

Schwerpunktt Themen LRT/RRT

Das neue gemeinsame Schwerpunktt Thema „Geflüchtete Frauen und Gewalt“ soll in der nächsten LRT-Sitzung im Mai 2017 behandelt werden. Dazu sollen auch Vertreterinnen und Vertreter der RRT eingeladen werden. Frau Dr. Heine-Wiedenmann bittet dazu den LRT um inhaltliche Vorschläge sowie um Vorschläge welche Referentin oder Referent zu der Thematik eingeladen werden soll. Frau Wolf schlägt vor, bei medica mondiale nachzufragen.

Frau Dr. Heine-Wiedenmann kündigt an, dass es zu dem vorherigen Schwerpunktt Thema „Ältere Frauen und Gewalt“ eine Umfrage bei den RRT geben wird. Dabei soll abgefragt werden, welche Entwicklungen zu der Thematik stattgefunden haben und welche weiteren nachhaltigen Maßnahmen daraus resultieren. Der LRT wird über die Ergebnisse in der nächsten Sitzung informiert.

Anti-Gewalt-Tag 25. November

An dem von Terre des Femmes initiierten Gedenktag, wird es keine Fahnenhissung vor den Landesministerien mehr geben, da das Hissen von Fahnen von Nichtregierungsorganisationen nicht zulässig ist.

Zusätzliche Fördermittel

2016 konnten überplanmäßige Mittel im Gesamtumfang von 237.000 € an die Frauenunterstützungseinrichtungen und SOLWODI weitergegeben werden. Für den neuen Doppelhaushalt 2017/2018 sind finanzielle Förderzuwächse für den Anti-Gewaltbereich vorgesehen.

Nächste Sitzung LRT

Die nächste Sitzung des LRT wird im Mai 2017 stattfinden.

Anmerkung: Zwischenzeitlich ist der 15. Mai 2017 als Sitzungstermin festgelegt worden.



Landesarbeitsgemeinschaft der Frauennotrufe Rheinland Pfalz

Fachstellen zum Thema Sexualisierte Gewalt

c/o Frauennotruf Mainz Kaiserstraße 59-61, 55116 Mainz, Tel.:
06131/221213

<http://www.frauennotruf-mainz.de/lag-rlp/adressen.php>

Westerburg/Ludwigshafen/Mainz, Februar 2017

Pressemitteilung

An Ihrer Seite

Mitarbeiterinnen der rheinland-pfälzischen Frauennotrufe begleiten Betroffene von Sexualstraftaten im Strafverfahren

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Frauennotrufe des Landes Rheinland-Pfalz begrüßt das seit 01.01.2017 geltende Gesetz über die Psychosoziale Prozessbegleitung (PSPB) im Strafverfahren. Für die Mitarbeiterinnen ist dies eine deutliche Stärkung der Opferrechte, da von sexualisierter Gewalt betroffene Frauen nun deutlich stärker im gesamten Strafverfahren unterstützt und Belastungen reduziert werden können.

Die Mitarbeiterinnen der Frauennotrufe sind seit vielen Jahren Expertinnen zum Thema sexualisierte Gewalt und in der Begleitung und Unterstützung betroffener Frauen und Mädchen. Seit dem Bestehen der landesweit zwölf Notrufe haben sich die Mitarbeiterinnen die Prozessbegleitung zu ihrer Aufgabe gemacht, auch wenn nur ein Bruchteil der die Beratungsstellen aufsuchenden Frauen und Mädchen eine Anzeige in Betracht zieht. Sie scheuen noch häufig die belastenden Erlebnisse rund um ein Strafverfahren.

Die stetige Weiterentwicklung der Begleitung findet nun eine gesetzliche Grundlage. „Wir freuen uns sehr, dass unser Bundesverband bff eine eigene, qualitativ hochwertige Fortbildung zur Psychosozialen Prozessbegleitung konzipiert hat und nun bereits ein zweiter Durchgang ausgeführt wird!“ so Anette Diehl vom Frauennotruf Mainz, der Koordinierungsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauennotrufe in Rheinland-Pfalz und Verbandsrätin im Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff). „Zwei Mitarbeiterinnen der Notrufe Ludwigshafen und Westerburg haben die Ausbildung bereits abgeschlossen und werden die Anerkennung durch das Ministerium der Justiz RLP erhalten. So kann damit in die Psychosoziale Prozessbegleitung nach dem bundesweit geltenden Gesetz praktisch eingestiegen werden. Die Einhaltung der Qualitätsstandards und der Ethikrichtlinien sind für sie selbstverständlich.“

Eine Person, die eine Sexualstraftat anzeigen möchte, kann sich zukünftig in einer Liste des Justizministeriums über die zertifizierten Psychosozialen Prozessbegleiterinnen und -begleiter informieren und um eine entsprechende für sie kostenfreie Beordnung bitten. Das Angebot der Psychosozialen Prozessbegleitung gilt lediglich für Kinder & Jugendliche und besonders schutzbedürftige Opferzeuginnen und -zeugen. Die Einschätzung der besonderen Schutzbedürftigkeit und damit die Bewilligung liegen im Ermessen des zuständigen Gerichts. Aufgabe der Psychosozialen Prozessbegleitung ist die Minimierung der Belastungen des Strafverfahrens durch Abbau von Ängsten, einer Vorab-Besichtigung des Gerichtssaals, der Begleitung zur Hauptverhandlung mit Vermittlung von Bewältigungsstrategien und ein

Kontakt in das weiterführende Hilfesystem. Die LAG der Frauennotrufe setzt sich für einen vom Alter unabhängigen Rechtsanspruch aller Betroffenen sexualisierter Gewalt ein. Das Angebot der Prozessbegleitung wird es auch bei Notrufen ohne zertifizierte Mitarbeiterin weiterhin geben. Seit 01.01.2017 gilt bundesweit das neue Opferrechtsgesetz.

Die Qualitätsrichtlinien des bff zu PSPB können hier heruntergeladen werden: <https://www.frauen-gegen-gewalt.de/qualitaetsstandards-fuer-die-psychoziale-begleitung.html>

In der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Frauennotrufe in Rheinland Pfalz arbeiten 12 Fachstellen zum Thema Sexualisierte Gewalt zusammen. Der bff ist der Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe. Er vertritt mehr als 170 ambulante Fachberatungsstellen. In Deutschland erlebt ca. jede 7. Frau mindestens einmal in ihrem Leben sexualisierte Gewalt. Höchstens 15% der Taten werden angezeigt, weniger als 10% davon verurteilt.

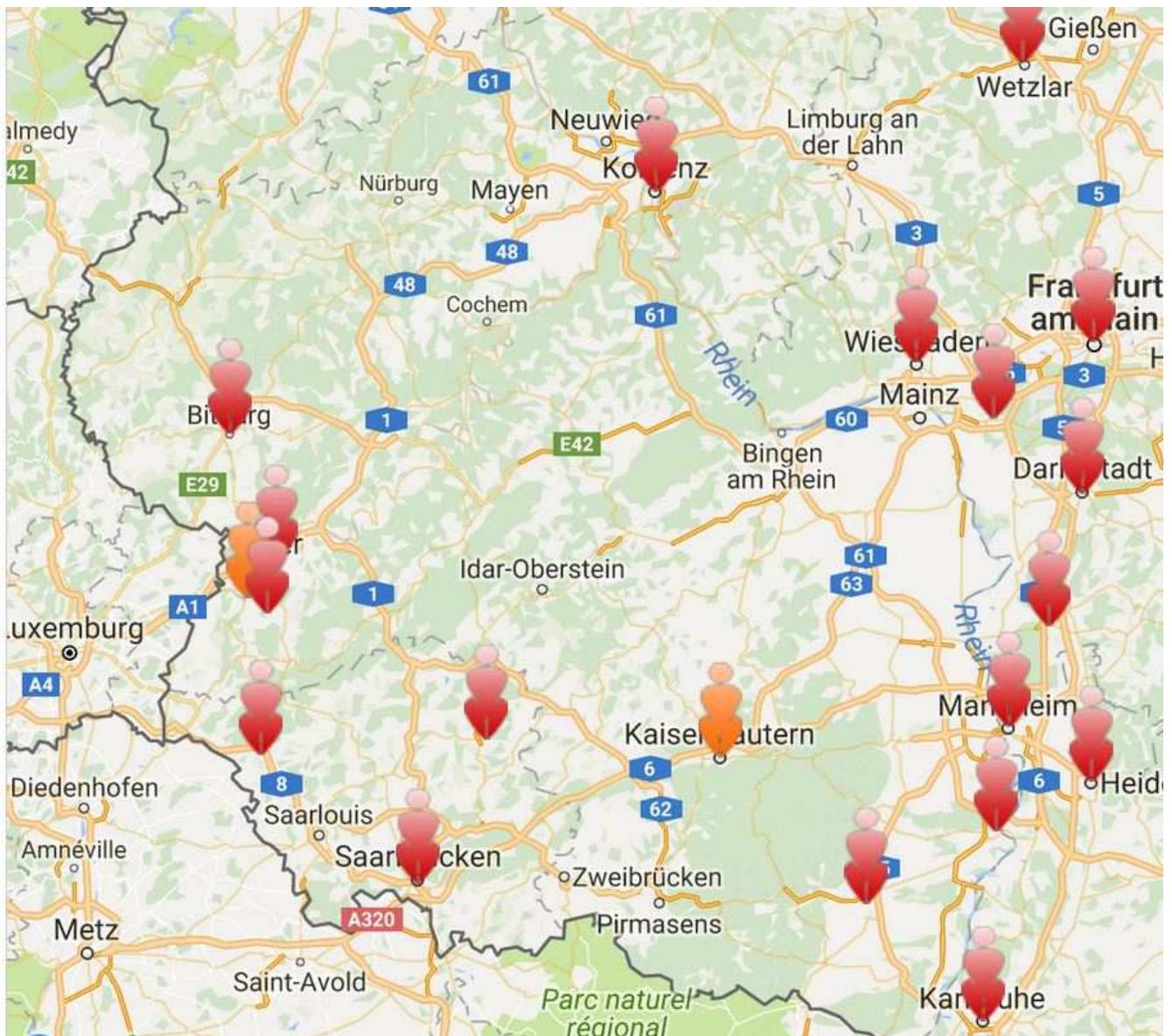
Für die LAG:

Claudia Wienand, Präventionsbüro Ronja, Westerburg

Mareike Ott, Wildwasser und Notruf Ludwigshafen e.V.

Aktionen in Rheinland-Pfalz im Rahmen von „OneBillionRising 2017“

Quelle: <http://www.onebillionrising.de/aktionskarte-2017/>





Gemeinsam handeln. Mehr erreichen.

www.netzwerk-gegen-gewalt.hessen.de

Vorankündigung der Fachtagung:

„Gewalt im Namen der Ehre. Hinsehen. Handeln. Helfen.“

Gewalt im Namen der Ehre heute, hierzulande noch ein Thema?!

Nach dem UN-Weltbevölkerungsbericht von 2000 werden weltweit jährlich mindestens 5.000 Menschen Opfer so genannter Ehrenmorde, die meisten davon sind Frauen.

Deutsche Studien zeigen, dass Gewalt im Namen der Ehre auch hierzulande noch ein aktuelles Problem darstellt. Das Dunkelfeld ist groß.

Was ist zu tun? Wie ist die Situation in Hessen? Was können wir tun?

Diesen Fragen geht die Fachtagung „Gewalt im Namen der Ehre. Hinsehen. Handeln. Helfen.“ nach.

Sie findet am 20.03.2017 von 10.00 Uhr-16.30 Uhr in Wiesbaden-Naurod statt.

Zielgruppen sind **Schule, Polizei, Justiz, Sozialarbeit, Beratungsstellen, Kommunen** und am Thema Interessierte.

Die Veranstaltung will sensibilisieren, informieren sowie Handlungsoptionen zu Prävention und Intervention aufzeigen und diskutieren.

Die **Vorträge** von **Frau Prof. Dienstbühl** (Hochschule Darmstadt) und **Herrn Prof. Dr. Toprak** (Fachhochschule Dortmund) werden ergänzt durch themen- und zielgruppenbezogene **Workshops**.

Im Rahmen der Veranstaltung erfolgt die Präsentation der überarbeiteten **Netzwerkbroschüre „Gewalt im Namen der Ehre“** und des **Flyers** zum Thema **Zwangsheirat „Es ist egal, wen, wann und ob du heiratest“**.

Über **Hilfsangebote in Hessen** informieren **Beratungsstellen** in einem Markt der Möglichkeiten.

Die Veranstaltung ist **kostenfrei**. Ein **Flyer** mit weiteren Informationen und Anmeldemöglichkeit folgt Anfang Februar.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Konstanze Schmidt

(Geschäftsführerin)

Zentrale Geschäftsstelle Netzwerk gegen Gewalt

Fon: 0611/353-2182; Fax: 0611/353-2109

ngg@hmdis.hessen.de

Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung



➔ Bundesweit gibt es Bestrebungen, die Hürden für die Inanspruchnahme von Unterstützung nach einer erlebten Vergewaltigung zu verringern. So auch im Gesundheitswesen, das nachweisbar als eine erste Anlaufstelle für Gewaltbetroffene gilt.

Die Voraussetzungen für eine gute medizinische Versorgung und eine ggf. gerichtsmedizinisch verwertbare Befundsicherung nach sexueller Gewalt sind vielerorts gegeben. Dennoch fühlen sich Ärzte und Ärztinnen mit dieser Untersuchungssituation häufig alleine gelassen. Auf der Fortbildung werden die implementierten, bewährten und übertragbaren Untersuchungsabläufe und Materialien im Detail dargestellt.

Die Fortbildung soll die Handlungssicherheit erhöhen, im Umgang mit dieser Patientinnengruppe entlasten und Gelegenheit für Fragen und Austausch bieten.

Die Teilnahme ist kostenlos.
Fortbildungspunkte sind beantragt.

Die Schulung richtet sich an Ärztinnen und Ärzte aus Krankenhäusern und niedergelassenen Praxen.

**Mittwoch
29. März 2017
10.00–17.00 Uhr
Haus am Dom
Frankfurt am
Main**

Ablauf

9:30 Ankunft, Anmeldung

10:00 Projektbilanz: 4 Jahre Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigung ohne vorausgegangene Anzeige in Frankfurt am Main

Angela Wagner | Dipl. Politologin, Geschäftsführerin der Beratungsstelle Frauennotruf Frankfurt

10:15 Rechtsfragen im Kontext der medizinischen Versorgung nach Vergewaltigung

Marianne Grahl | Rechtsanwältin und Fachanwältin für Familienrecht in Frankfurt, langjährige Erfahrung in der anwaltlichen Beratung und Vertretung von gewaltbetroffenen Frauen.

Inhalte

- Rolle der Ärzte und Ärztinnen im Strafverfahren
- Schweigepflicht
- Rechte und Pflichten z.B. als sachverständige Zeuginnen und Zeugen (Garantenpflicht, Umgang mit Minderjährigen)

Fragen und Diskussion

11:00 Der Stellenwert der ärztlichen Befunddokumentation im Strafverfahren

Sonja Schorradt | Staatsanwältin bei der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main, arbeitet neun Jahre im Sonderdezernat „Strafsachen gegen die sexuelle Selbstbestimmung“.

Inhalte

- Kurze Erläuterung der Verfahrensabläufe (Ermittlungs-/Strafverfahren)
- Bedeutung und Verfahrensrelevanz des Befundbogens
- Hinweise zur Nutzung der Befunddokumentation

Fragen und Diskussion

11:35 Kaffeepause

11:55 Ärztliche Versorgung nach Vergewaltigung – Anforderungen an Ärztinnen, Ärzte und Kliniken

Dr. med. Sonja Pilz | Fachärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe, Oberärztin am Klinikum Höchst, Leitung des Kreißsaals, langjährige Erfahrung in der Versorgung von vergewaltigten Frauen.

Inhalte

- Praxisbericht, Ablauf der Untersuchung
- Versorgung unter ungünstigen Bedingungen
- Einschätzung eines Infektionsrisikos
- Verweise an die niedergelassenen Praxen

Fragen und Diskussion

Ablauf

13:00 Mittagspause

13:45 **Ärztliche Versorgung nach Vergewaltigung – Anforderungen an niedergelassene Ärztinnen, Ärzte**

Dr. med. Corinna Vogt-Heil | Fachärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe in eigener Praxis in Frankfurt am Main, langjährige Erfahrung in der ambulanten Versorgung von vergewaltigten Frauen.

Inhalte

- Praxisbericht
- Anforderungen an die Versorgung in der niedergelassenen Praxis
- Nachsorge in der niedergelassenen und ggf. vertrauten Praxis – eine Erleichterung für die Patientinnen

Fragen und Diskussion

14:15 **Die ärztliche Versorgung nach Verdacht auf eine sexuell übertragene Infektionserkrankung**

Sarah Fischer | Fachärztin für Allgemeinmedizin mit dem Schwerpunkt „sexuell übertragbare Infektionserkrankungen“. Arbeitet im Infektiologikum Frankfurt am Main.

Inhalte

- Vorgehen beim Verdacht auf eine HIV/Hepatitis-Infektion
- Testverfahren, Vergabe von HIV-PEP (Fristen, Kosten), Impfungen
- Psychosoziale Aspekte

Fragen und Diskussion

14:45 **Rechtsmedizinische Aspekte und praxisorientierte Lösungen**

PD Dr. Silke Kauferstein | Molekularbiologin, Sachverständige für forensische Genetik am Institut für Rechtsmedizin des Universitätsklinikum Frankfurt.

Inhalte

- Sachgerechte Lagerung und Transportwege (auch dann, wenn kein Rechtsmedizinisches Institut vor Ort ist)
- Rechtsmedizinische Aspekte (Möglichkeiten der Untersuchung)
- Rechtsmedizinische Kompetenz

Fragen und Diskussion

15:15 Kaffeepause

15:35 **Zeitnahe ärztliche Versorgung und rechtssichere Befunddokumentation nach Sexualdelikten**

PD Dr. med. Hildegard Lilly Graß | Akademie für öffentliches Gesundheitswesen Düsseldorf, als Rechtsmedizinerin seit vielen Jahren mit der Gewaltopferversorgung im Gesundheitswesen befasst, u.a. Projektleiterin im Modellprojekt des BMFSFJ „Medizinische Intervention gegen Gewalt an Frauen“ (MIGG).

Inhalte

- Erläuterung von Befundbogen und Untersuchungskit
- Sachgerechte Befundung
- Fotodokumentation
- Versorgung von Männern

Fragen und Diskussion

17:00 Ende der Veranstaltung

Verbindliche Anmeldung

bis zum 17. März 2017
nur online unter
www.frauennotruf-frankfurt.de
unter „Aktuelles“.

Anfahrtsbeschreibung unter
www.hausamdom-frankfurt.de



www.soforthilfe-nach-vergewaltigung.de

Die ärztliche Fortbildung wird in Zusammenarbeit mit dem **Hessischen Ministerium für Soziales und Integration**, dem **Berufsverband der Frauenärzte** und der **Hessischen Landesärztekammer** ausgerichtet. **Herzlichen Dank!**



Hessisches Ministerium
für Soziales und Integration



Berufsverband der Frauenärzte e.V.



Landesärztekammer Hessen
Gemeinschaft des Händl'chen Berufs

HESSISCHES MINISTERIUM DER JUSTIZ

- Hessische Justizakademie -



TAGUNG
JA_RSO_21_01

Interdisziplinärer Workshop zur häuslichen Gewalt
„Umgangsrecht in Fällen häuslicher Gewalt“

am 3. Mai 2017

in Frankfurt am Main, Oberlandesgericht, Raum 901

Programm

- 10.00 Uhr** **Eröffnung der Veranstaltung durch die Tagungsleitung**
Regierungsoberrätin Cornelia Schonhart,
Leiterin der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt
im Hessischen Ministerium der Justiz
- 10.30 Uhr** **„Angst, Schock, Trauma, Posttraumatische Belastungsstörung nach häuslicher Gewalt - Was ist was? Handlungsleitende Unterstützung für den beruflichen Alltag“**

Priv.-Doz. Dr. Markos Maragkos,
Psychotherapeutische Ambulanz der AVM gGmbH, München
- 12.00 Uhr** **Mittagspause**
- 13.30 Uhr** **„Die Umgangsrechtsentscheidung des Familiengerichts in Fällen häuslicher Gewalt“**

Richterin am OLG Dr. Katja Schweppe,
Oberlandesgericht Frankfurt am Main
- 15.00 Uhr** **„Häusliche Gewalt und Kindeswohlgefährdung – Aufgaben und Möglichkeiten des Jugendamtes“**

Heinz Rahn, Jugendamt Hochtaunuskreis
- 16.30 Uhr** **Ende der Veranstaltung**

RRT Bad Kreuznach

Gewalt gegen Frauen hat viele Facetten:

- **Sie geschieht täglich** – meist in der eigenen Wohnung, ausgeübt von Partnern, Ehemännern, Vätern oder anderen nahestehenden Menschen.
- **Gewalt zeigt sich in verschiedenen Formen:** körperliche, psychische, sexualisierte, ökonomische Gewalt. Meist handelt es sich um Kombinationen.
- **Betroffen sind Frauen jeden Alters, unabhängig von Schicht, Bildungsstand, Nationalität, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit.**
- In Deutschland wird jede vierte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von Gewalt durch den Ehe- bzw. Lebenspartner oder Freund.
- **Gewalt gegen Frauen macht krank.** Betroffene häuslicher Gewalt leiden überdurchschnittlich häufig an den Folgen für die reproduktive Gesundheit, entwickeln psychische und/oder psychosomatische Beschwerden. Häufig greifen sie zu gesundheitsgefährdenden (Über-)lebensstrategien.
- **Kinder sind immer mitbetroffen.** Auch wenn sie nicht selbst geschlagen werden, hören, sehen, spüren sie die Atmosphäre im häuslichen Umfeld und können vielfältige Auffälligkeiten zeigen.
- **Frauen und Kinder in Gewaltbeziehungen benötigen Hilfe und Unterstützung,** um sich sicher aus der Gewaltbeziehung lösen und die Erlebnisse verarbeiten zu können.
- Den Weg ins Hilfesystem finden Frauen häufig durch FreundInnen, NachbarInnen, KollegInnen und andere aufmerksame Mitmenschen.
- Viele Institutionen sind mit dem Thema beschäftigt und helfen weiter.



Ansprechpersonen zum Thema GesB in unserer Region

Frauen helfen Frauen e.V.
Frauenhaus, Beratungsstelle und Interventionsstelle
Telefon: 0671-44877
E-Mail: info@frauenhelfenfrauen-kh.de
www.frauenhelfenfrauen-kh.de

Polizei Bad Kreuznach
Telefon: 0671-8811-0
Polizei Kirn
Telefon: 06752-156-0

Opfer- und Täterhilfe e.V.
Opferschutz durch Täterarbeit im LGB Bad Kreuznach
„Contra häusliche Gewalt!“
Telefon: 0671-4822412
E-Mail: badkreuznach@contra-haeusliche-gewalt.de
www.contra-haeusliche-gewalt.de

Wohnungslosenhilfe Stiftung kreuznacher diakonie
Café BUNT
Telefon: 0671-8340060
E-Mail: wih-bad-kreuznach@kreuznacherdiakonie.de

WEISSER RING Bad Kreuznach
Telefon: 06724-95959
www.weisser-ring.de

Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen
08000-116016
(24 Stunden an 7 Tagen in 15 Sprachen)

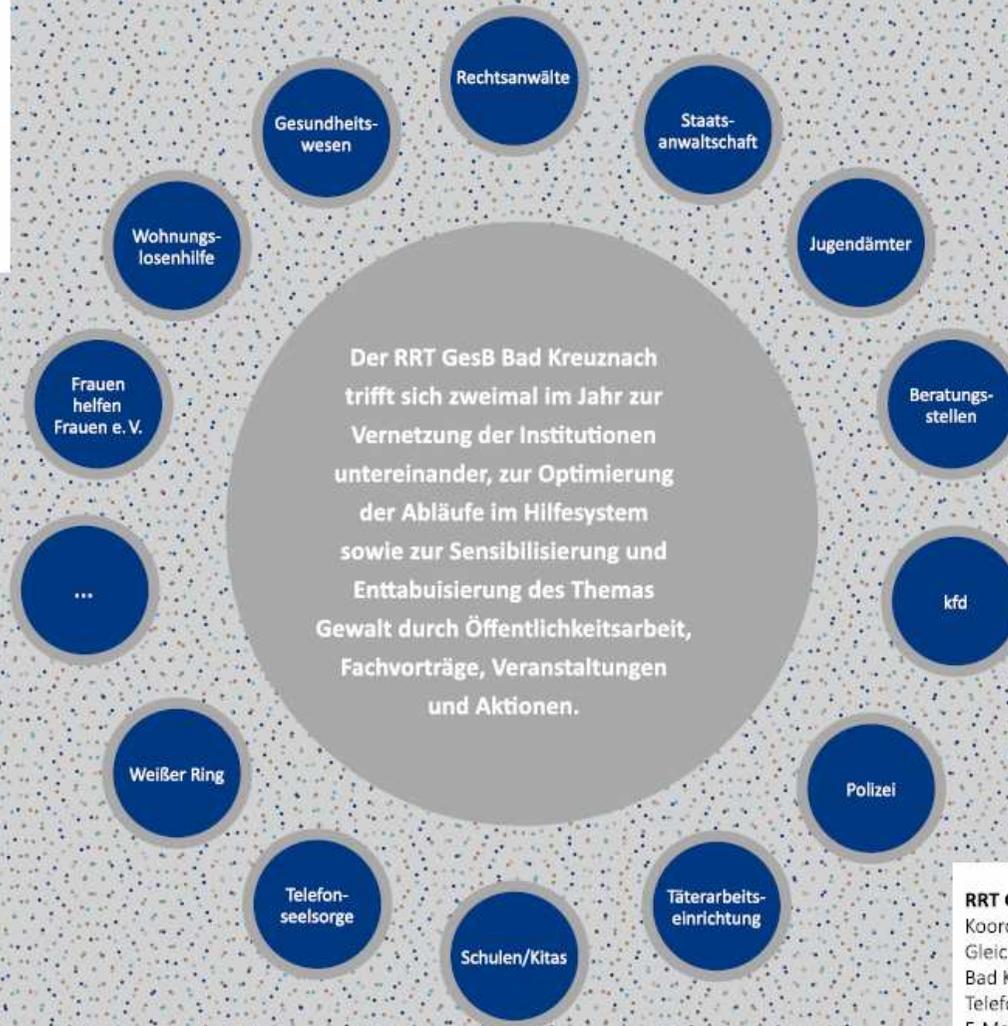
Gewalt gegen Frauen betrifft uns alle

Der regionale Runde Tisch gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (GesB) Bad Kreuznach stellt sich vor

Regionaler
Runder Tisch
RTGesB
gegen Gewalt in engen
sozialen Beziehungen (GesB)
Bad Kreuznach

Der RRT GesB Bad Kreuznach ist einer von 22 regionalen Runden Tischen in Rheinland-Pfalz, entstanden im Rahmen des **rheinland-pfälzischen Interventionsprojekts gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG)**.

www.rigg.rlp.de



RRT GesB Bad Kreuznach:
Koordination: Sabine Messer
Gleichstellungsstelle der Kreisverwaltung
Bad Kreuznach
Telefon: 0671-803-1236
E-Mail: sabine.messer@kreis-badkreuznach.de

Programm

9.30 Uhr:

Ankommen und Stehkafee

10.00 Uhr:

Begrüßung und Einführung in die Thematik

10.15 Uhr

Neurobiologische Grundlagen der Gehirnreifung
und Erkenntnisse der Bindungstheorie

1. Fragerunde

Auswirkungen psychischer Störungen auf die
Erziehungskompetenz von Eltern

2. Fragerunde

12.30 Uhr

Mittagspause

13.30 Uhr

Kindliche Signale von Bindungsstörungen,
Parentifizierung und Überlastung sowie damit
verbundene Entwicklungsrisiken für die Kinder

3. Fragerunde

14.30 Uhr

Kaffeepause

14.45 Uhr

Kinderschutz durch interdisziplinäre
Zusammenarbeit: Inhaltlich-konzeptionelle
Voraussetzungen gelingender präventiver
Handlungskonzepte
mit anschließender Diskussion

16.00 Uhr

Abschluss der Veranstaltung



Dr. Michael Hipp
Arzt für Neurologie,
Psychiatrie und
Psychotherapie,
Leiter des
sozialpsychiatrischen
Dienstes Hilden,
Mitbegründer des
Förderkreises KIPKEL
e.V. Prävention für
Kinder psychisch
kranker Eltern

Bitte melden Sie sich mit beigefügtem Anmeldebogen bis zum **10.03.2017** an. Wir werden von einer expliziten Anmeldebestätigung absehen. Der Teilnahmebeitrag von 15,- € wird vor Ort an der Anmeldung in bar erhoben. Es wird eine Teilnahmebestätigung ausgestellt. Die Zertifizierung bei der Bezirksärztekammer ist beantragt.



Die Veranstaltung wird durch das Land Rheinland-Pfalz gefördert und finanziell unterstützt.



DIE JUGENDÄMTER DES KREISES UND DER STADT
BAD KREUZNACH UND DAS GESUNDHEITSAMT



Die Standortgruppe
„Kinder psychisch kranker Eltern“

lädt ein zur

Fachveranstaltung
mit
Dr. Michael Hipp

Bindungs- und
Erziehungsverhalten
psychisch kranker Elternteile

am

Mittwoch, den 22.03.2017
9.30 – 16.00 Uhr
großer Sitzungssaal

Kreisverwaltung
Salinenstraße 47
55543 Bad Kreuznach

Hinweis:

Tagungsgetränke werden zur Verfügung gestellt.

Die Teilnahme am Mittagessen erfolgt gegen Kostenbeteiligung und kann am Tagungsort gebucht werden.

Organisation und Moderation:

Bettina Pfeiffer und Helmut Liesenfeld
Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz

Anmeldung:

Helmut.Liesenfeld@polizei.rlp.de
Tel. 06543 / 985 – 933

So erreichen Sie uns:

Von Frankfurt

A66 bis Schiersteiner Kreuz
A643 bis Dreieck Mainz
A60 Richtung Bingen bis Dreieck Nahetal
A61 Richtung Koblenz / Hahn bis
Autobahnausfahrt Rheinböllen
Bundesstraße B50 bis Ausfahrt Flughafen Frankfurt-Hahn

Von Luxemburg

E44 Richtung Trier
A602 bis Dreieck Moseltal
A1 Richtung Saarbrücken / Mainz bis Abfahrt Mehring
Landstraße Richtung Mainz / Hahn, bei Thalfang auf die
Bundesstraße B327 Richtung Flughafen Frankfurt-Hahn

Von Köln

A61 Richtung Mainz / Ludwigshafen bis Ausfahrt Rheinböllen
Bundesstraße B50, bis Ausfahrt Flughafen Frankfurt-Hahn

Von Ludwigshafen

A61 Richtung Koblenz / Hahn bis Ausfahrt Rheinböllen
Bundesstraße B50 bis Ausfahrt Flughafen Frankfurt-Hahn

Der Ausschilderung „Hochschule der Polizei“ folgen!

Anfahrtsskizze

Zielorte für Ihr Navigationssystem sind Hahn-Flughafen (PLZ 55483) oder Bächenbeuren-Scheid



Hochschule der Polizei Landespolizeischule Rheinland-Pfalz



Fachtagung

**„Menschenhandel in Form
von Zwangsprostitution“**

25. April 2017

Tagungszentrum, Aula

Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung ist ein komplexes Thema.

Es bewegt sich in einem Spannungsfeld von Fragen der Kriminalitätsbekämpfung, der Gewährleistung von Menschenrechten, des Opferschutzes sowie der Migrations- und Beschäftigungspolitik.

Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung liegt nach dem Strafgesetzbuch (StGB) vor, wenn Personen eine Zwangslage oder die sogenannte ausländerspezifische Hilflosigkeit von anderen Menschen ausnutzen, um diese in die Prostitution zu bringen oder sie daran hindern, die Prostitution aufzugeben.

Die Tagung stellt Fragen zur generellen Situation des Menschenhandels in Deutschland, zu gesetzlichen Hintergründen sowie Integrationsperspektiven und den hiermit verbundenen Herausforderungen. Sie zielt aber auch auf den gemeinsamen Erfahrungsaustausch sowie auf das Aufzeigen von möglichen Handlungswegen für unterschiedliche Professionen.

Dienstag, 25. April 2017

- 09.00 Uhr Begrüßung HdP
- 09.15 Uhr Die Bekämpfung des Menschenhandels in Deutschland, Bundeslandgebild Menschenhandel, Ausbeutung Minderjähriger
KOK Franziska Kramer M.A., BKA Wiesbaden
- 09.45 Uhr Das deutsch-österreichische Projekt PRIMSA – Erarbeitung und Implementierung eines Interdisziplinär nutzbaren Schulungskonzeptes
Prof. in Dr. Yvette Völschow, Universität Vechta
- 10.30 Uhr Kaffeepause
- 11.00 Uhr Neue Gesetzgebung zum Menschenhandel – Reform der §§ 232 ff des Strafgesetzbuches und Prostituiertenschutzgesetz
Dr. Sandra Gitzel, Ministerium der Justiz, RLP
- 11.30 Uhr Nationale Perspektiven aus der Strafverfolgung – mögliche Vorbehalte zwischen Polizei und Opfern von Zwangsprostitution
*Mascha Körner, Uni Vechta
Matthias Radtke, Polizeidirektion Hannover*

Dienstag, 25. April 2017

- 12.15 Uhr Mittagspause
- 13.15 Uhr „Singwunder“
Njeri Weth, Kassel
- 13.30 Uhr Organisationsstrukturen und Vorgehensweisen der Täter*innen
Bettina Zietlow, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Hannover
- 14.15 Uhr Projekt „Eva“ Caritas Wuppertal
Jana Koch – Krawczak, Wuppertal
- 14.45 Uhr Forschungsprojekt BKA/SOLWODI: Ausbeutung Minderjähriger in Deutschland, Rumänien und Bulgarien
Roshan Heiler, SOLWODI Aachen
- 15.15 Uhr Kaffeepause
- 15.30 Uhr Netzwerk gegen Menschenhandel
Shannon von Scheele, Berlin
- 16.00 Uhr „Singwunder“
Njeri Weth, Kassel
- 16.15 Uhr Ende der Veranstaltung

Anmeldung bis 21. März 2017

unter Angabe
Ihres Namens, Institution, Kontaktdaten,
Essenswunsch

per E-Mail an:
fachtag-ngg.ppsch@polizei.hessen.de

Wichtige Hinweise:

Sie erhalten eine Anmeldebestätigung. Selbstverständlich kann auch eine Vertretung an dem Fachtag teilnehmen. Die Teilnahmeplätze sind jedoch begrenzt.
Die Teilnahme am Fachtag ist kostenfrei.

Für Getränke und Mittagessen werden vor Ort 10 € erhoben. Bitte geben Sie bei Ihrer Anmeldung an, ob Sie ein vegetarisches oder nicht vegetarisches Mittagessen einnehmen.

Bad König ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar. Kostenfreie Parkplätze finden Sie am Sportplatz, Schwimmbadstraße - 5 Gehminuten vom Veranstaltungsort entfernt.

Mit Ihrer Anmeldung erklären Sie sich mit der Veröffentlichung von Fotos, im Rahmen eines Berichts über den Fachtag, einverstanden.



Regionale Geschäftsstelle Südhessen
Wilhelmstraße 52 64625 Bensheim
Tel. 06251 846866 Mobil 0173 251 7816
Netzwerk.gegen.Gewalt.ppsch@polizei.hessen.de
www.netzwerk-gegen-Gewalt.de

Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem

Arbeitskreis gegen häusliche Gewalt des
Odenwaldkreises und dem Odenwaldkreis



Referentinnen:

Prof. Dr. Barbara Kavemann

Dipl. Soziologin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Sozialwissenschaftlichen Frauenforschungsinstituts Freiburg Honorarprofessorin an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin.
Forschung zu Gewalt in Paarbeziehungen und zur Situation der Kinder bei häuslicher Gewalt sowie zu sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend.

- Mitglied der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs in Deutschland
- Mitarbeit im Fachbeirat des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs beauftragter-missbrauch.de

www.barbara-kavemann.de

Henrike Krüsmann

Diplom Sozialarbeiterin und -pädagogin mit einem Master Soziale Arbeit, Schwerpunkt Familie

- BIG-Koordinatorin für den Bereich Kinder und Jugendliche sowie Täterorientierte Intervention
- Lehrbeauftragte an der Fachhochschule Potsdam, Bereich Sozialwesen
- freiberufliche Fortbildnerin im Bereich häusliche Gewalt und Kinderschutz
- Mediatorin, Case-Managerin im Kinderschutz, systemische Einzel-, Paar- und Familientherapeutin sowie
- erfahrene Kinderschutzfachkraft nach § 8 a SGB VIII
- Trainerin für interkulturelle Begegnungen



Gemeinsam handeln. Mehr erreichen.

TATORT FAMILIE

Wenn Kinder und Jugendliche
häusliche Gewalt (mit)erleben
Vernetztes Handeln in der Praxis



© fotolia

FACHTAG

für
sozialpädagogische Fachkräfte, Erzieher*innen,
Lehrkräfte, Ärzt*innen, Justiz, Polizei
und alle Interessierte

Dienstag, 28. März 2017
10:00 h – 16:00 h

Wandelhalle Bad König
Elisabethenstraße 7
64732 Bad König

Die aktuelle Forschungslage zu den Auswirkungen häuslicher Gewalt auf Kinder und Jugendliche zeigt klare Ergebnisse: Das Erleben häuslicher Gewalt in der Familie ist als Kindeswohlgefährdung einzustufen.

Allein durch das Miterleben der Gewalt erleiden diese Kinder und Jugendlichen einen Verlust an emotionaler Sicherheit. Sie nehmen oft Schaden in ihrer kognitiven, emotionalen und sozialen Entwicklung. Zudem besteht für sie ein erhöhtes Risiko, selbst Opfer direkter körperlicher und/oder sexueller Gewalt zu werden.

Viel zu häufig wird die Not und der Unterstützungsbedarf der Kinder nicht rechtzeitig erkannt, sind Hilfsangebote unzureichend vorhanden oder setzen zu spät ein.

Wie erleben Mädchen und Jungen Gewalt in der Familie? Welche psychischen und sozialen Folgen resultieren daraus? Woran erkenne ich, dass ein Kind betroffen ist? Welche Handlungsmöglichkeiten habe ich als Fachkraft? Welche Hilfsangebote kommen in Betracht?

Der Fachtag will die Teilnehmenden sensibilisieren und Hintergrundinformationen zur spezifischen Situation betroffener Kinder und Jugendlicher vermitteln. Bewährte Interventionsmöglichkeiten sowie Ansätze zur Prävention werden vorgestellt.

Der Fachtag richtet sich an alle Berufsgruppen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten und unmittelbar oder mittelbar mit der Thematik konfrontiert werden.

- 09:30 **Anmeldung**
- 10:00 **Begrüßung**
Frank Matiaske
Landrat des Odenwaldkreises
Tina Meyer
Arbeitskreis gegen Häusliche Gewalt
Christine Klein
Netzwerk gegen Gewalt Hessen
- 10:15 **„Auswirkungen häuslicher Gewalt auf Kinder und Jugendliche“**
Prof. Dr. Barbara Kavemann
Dipl. Soziologin
Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Sozialwissenschaftlichen Frauenforschungsinstituts Freiburg
Honorarprofessorin an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin
- 11:00 **PAUSE**
- 11:15 **„Unterstützungsbedarf von Kindern und Jugendlichen bei häuslicher Gewalt“**
Prof. Dr. Barbara Kavemann
mit anschließender Diskussion
- 12:30 **MITTAGSPAUSE**

- 13:30 **„Kinder im Schatten des Hilfesystems - Kooperation und Unterstützung“**
Henrike Krüsmann
Diplom Sozialarbeiterin und –pädagogin
- 14:15 **PAUSE**
- 14:30 **„Angst, Wut, Ohnmacht, Einsamkeit – Kinder in Kita, Schule, Jugendhilfe stärken gegen häusliche Gewalt**
Henrike Krüsmann
mit anschließender Diskussion
- 15:15 **Gruppenarbeit:**
„Welche Fragestellungen begegnen uns in der täglichen Arbeit?“
„Welchen Bedarf habe ich, um mich in meiner Einrichtung oder Institution mit dem Thema weiter beschäftigen zu können?“
„Welche Vernetzung, kontinuierlichen Kontakte und Kooperationen braucht es?“
Vorstellung der Ergebnisse
- 16:00 **Veranstaltungsende**